

ANTRAG

der Fraktion der CDU

Ernährungssicherung in den Mittelpunkt rücken

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Durch die weltweite Reduzierung von landwirtschaftlichen Nutzflächen sowie die stetig steigende Weltbevölkerung wird die Versorgungslage mit Nahrungsmitteln kontinuierlich immer enger. Kommen dann ungünstige Witterungsbedingungen oder andere Störungen der Produktion oder Logistik hinzu, ergeben sich schnell Versorgungsengpässe.

Der Agrar- und Ernährungssektor steht auch und insbesondere aufgrund des Krieges in der Ukraine vor enormen Verwerfungen. In Deutschland, Europa und weltweit droht eine Verknappung des Angebots von Agrarprodukten und -rohstoffen, eine massive Verteuerung von Energie, Futter- und Düngemitteln sowie aller anderer für die Landwirtschaft notwendigen Betriebsmittel ist festzustellen. Es wird immer deutlicher, dass die globalen Märkte, insbesondere beim Getreide, von großem Mangel geprägt sind.

Das Preisniveau ist auf bisherige Höchststände gestiegen, die nationale und weltweite Versorgung mit Lebensmitteln ist in Gefahr, schon jetzt zeichnen sich Hungersnöte besonders in Nordafrika ab.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. alle Instrumente der europäischen und nationalen Agrarpolitik, insbesondere die geplanten Flächen- und Produktionsstilllegungen, Reduktionsvorgaben beim Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln sowie die Ausbauziele für die biologische Bewirtschaftung im Lichte der Ernährungssicherung zu überprüfen und neu zu bewerten. Dies gilt sowohl für den EU-Green Deal im Agrarbereich, die ‚Farm-to-Fork‘-Strategie und die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP2023).

2. Maßnahmen zu ergreifen, um die Produktion von Nahrungs- und Futtermitteln auch in Zukunft wirtschaftlich und nachhaltig zu ermöglichen.
3. die vorhandenen landwirtschaftlichen Flächen zu schützen und für die Produktion von Lebens- und Futtermitteln zu erhalten und einzusetzen.

Franz-Robert Liskow und Fraktion

Begründung:

Grundsätzlich gilt, dass landwirtschaftliche Nutzflächen, unabhängig ob Acker- oder Grünland, der Produktion von Nahrungsmitteln dienen und unverzichtbar zur Gewährleistung der Ernährungssicherheit der Bevölkerung sind.

Richtige Forderungen nach mehr Klimaschutz, Naturschutz und Artenvielfalt lassen in der gesellschaftlichen und der politischen Debatte die ursprüngliche Aufgabenstellung der Landwirtschaft – nämlich die Ernährungssicherung – aus dem Blick geraten. Wir müssen deshalb wieder den Sinn schärfen für eine wirtschaftlich erfolgreich agierende Landwirtschaft und deren Produkte für unsere Ernährung. Es geht um nicht weniger als die sichere Versorgung mit Lebensmitteln, auch in Ländern außerhalb Europas – vor allem dort, wo heute schon Nahrungsknappheit herrscht.

Mit der GAP ab 2023 kommen auf die landwirtschaftlichen Betriebe neue oder weitergehende Auflagen, Pflichten und Bewirtschaftungseinschränkungen und schließlich eine geringere Grundunterstützung zu. Gleiches gilt für die Ziele des EU-„Green Deal“ und der „Farm-to-Fork“-Strategie.

Diese agrarpolitischen Instrumente müssen neu bewertet und wieder am Ziel der Ernährungssicherung ausgerichtet werden. Dafür muss sichergestellt werden, dass Landwirte unsere Nahrungs- und Futtermittel wirtschaftlich produzieren können und ihr Einsatz für Umwelt und Klima angemessen honoriert wird.